



Modul

2

Beziehungsstatus: SCHWIERIG – die EU und China

2. Unterrichtsmodul der Europäischen Akademie Berlin im Rahmen der Projektreihe für Lehrer*innen und Multiplikator*innen ***DigiPackEU*** mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes.



Europäische Akademie Berlin

Beziehungsstatus: SCHWIERIG – die EU und China

Dieses Unterrichtsmodul gibt einen Einblick in die Beziehungen der EU mit dem ökonomisch wichtigen, politisch jedoch schwierigen Partner China. Es ist als modularisierte Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe II konzipiert, die je nach zur Verfügung stehender Zeit angepasst werden kann. Die Texte sind mit Links für weiterführende Informationen versehen.

Das Modul besteht aus:

- ✓ Hintergrundinformationen für Lehrkräfte, die je nach Schultyp, Klassenstufe und Vorwissen auch als Unterrichtsmaterial eingesetzt werden können
- ✓ einem Arbeitstext für Schüler*innen
- ✓ Arbeitsaufträgen
- ✓ weiterführender Literatur

Ziele der Unterrichtseinheit:

- Fachwissen über die Weltwirtschaft, die Rolle Chinas und der EU vermitteln
- Reflexions- und Urteilsfähigkeit der Schüler*innen zum Thema stärken

Hintergrundinformationen für Lehrkräfte

Made in China – auf diesen Hinweis trifft mit hoher Wahrscheinlichkeit, wer ein elektronisches Gerät daraufhin untersucht, wo es hergestellt wurde. Handys, Turnschuhe, Kleidung – China ist im Leben vor allem junger Menschen enorm präsent. Und seit China durch Initiativen wie die Neue Seidenstraße oder das Format 17+1 versucht, seine ökonomische Macht auch in politischen Einfluss umzumünzen, steht die Frage, wie umzugehen ist mit dem schwierigen Partner China, ganz oben auf der EU-Agenda.

Diese Unterrichtseinheit ...

- führt die Schüler*innen in Ziele, Probleme und aktuelle Fragen der Beziehungen zwischen China und der EU ein;
- verdeutlicht den Schüler*innen, welche Faktoren hinter dem rasanten Aufstieg Chinas zur führenden Wirtschaftsmacht stehen;
- regt die Schüler*innen an, eine eigene Position zum „richtigen“ Umgang mit dem Partner China zu beziehen.

Das Beste kommt immer zum Schluss – so mag die Bundesregierung gedacht haben, als sie der europäischen Öffentlichkeit quasi in letzter Minute der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Erfolg präsentierte, mit dem allenfalls Eingeweihte gerechnet hatten. Nach sieben Jahre zähen Ringens und Verhandeln unterzeichneten die EU und die Volksrepublik China am 30. Dezember 2020 ein **Investitionsabkommen**. Die Vereinbarung ist der bislang umfassendste Versuch der EU, das wirtschaftliche Verhältnis der drittgrößten Wirtschaftszone der Erde (EU) mit der aufstrebenden, zweitgrößten Volkswirtschaft auf neue Füße zu stellen. Fairere Wettbewerbsbedingungen und einen verbesserten Marktzugang im Wachstumsmarkt China soll das Abkommen bringen. Doch der vermeintliche Verhandlungserfolg der Bundesregierung stieß keineswegs nur auf Begeisterung: Zu lasch, zu naiv, zu unverbindlich seien die Vereinbarungen mit Peking – so lautete die **Kritik** – insbesondere mit Blick auf Menschenrechtsfragen. Und auch die US-amerikanische Regierung zeigte sich keineswegs erfreut, war Washington doch in die Verhandlungen so gut wie gar nicht einbezogen worden. Dabei verfolgen die beiden Wirtschaftsblöcke beiderseits des Atlantik über weite Strecken dieselben Interessen China gegenüber. Verstimmt hatte der frisch gewählte US-Präsident **Joe Biden** angemerkt, „dass die Position viel stärker ist, wenn wir Koalitionen gleich gesinnter Partner und Alliiierter bilden.“

Was genau ist eigentlich das Problem mit China?

Wie ist diese Uneinigkeit zwischen der EU und den USA zu erklären?

Und welche Strategie verfolgen die USA einerseits, die EU andererseits im Umgang mit dem Reich der Mitte?

1. Was ist das Problem mit China?

Auf einen einfachen Nenner gebracht, lässt sich diese Frage wie folgt beantworten: Kaum ein anderer Staat hat in den vergangenen 25 Jahren derart stark vom Welthandel profitiert wie China – und kaum ein anderer Staat verstößt dabei (auf Kosten der anderen Staaten) derart diametral gegen die Regeln, auf die sich Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) für den internationalen Handel geeinigt haben.

Wie sehr China von der Integration in den globalen Welthandel profitiert hat, verdeutlichen einige wenige Zahlen: Seit der Öffnung des Landes gegen Ende der 1970er Jahre ist es der chinesischen Führung gelungen, mehr als 700 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Die ländliche **Armutquote** sank von 97,5% im Jahr 1978 auf 4,5% im Jahr 2016.

Die wichtigste Ursache für die früher weit verbreitete bittere Armut ist in der Politik des Langzeit-Diktators Mao Tse-Tung (1949-1976) zu suchen. In der so genannten *Kulturrevolution* hatte Mao Hunderttausende oder gar Millionen Chinesen töten lassen, darunter einen großen Teil der Intelligenz, um, wie es hieß, alle Reste von traditionellen, bürgerlichen oder kapitalistischen Elementen in der Gesellschaft zu beseitigen. Die Hochschulbildung wurde eingestellt, die Wissenschaft durch die Verfolgung von Wissenschaftler*innen schwer beeinträchtigt. 1982 lag der Alphabetisierungsgrad im Land bei lediglich 66 %. Wichtige staatliche Ressourcen band zudem seit den 1950er das Zerwürfnis mit dem kommunistischen Nachbarland Sowjetunion. Nach Maos Tod begann eine Öffnung Chinas nach außen und innen. Schulbildung und Hochschulbildung erlangten Bedeutung zurück. 2018 lag der Alphabetisierungsgrad bei 97 %.



Heute ist China dabei, die USA als wichtigste Volkswirtschaft der Welt abzulösen. Die Einkommen insbesondere der städtischen Bevölkerung sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig tut sich die **Schere** zwischen Arm und Reich und zwischen den chinesischen Provinzen immer weiter auf.

Quelle: <https://en.wikipedia.org>

Doch die chinesische Regierung setzt weiterhin auf Wachstum: Mit der 2015 verkündeten Strategie „**Made in China**“ will Peking bis 2049 nichts weniger als die technologische Weltführerschaft erringen. Schon mittelfristig soll China nicht länger nur die Fertigungs-, sondern auch die Innovationsnation sein. Vor allem der Maschinenbau, die Biomedizin/Pharmaindustrie und die Kommunikations- und Informationstechnologie sollen mit gezielten Investitionen rasch weiterentwickelt werden. Einen wesentlichen Beitrag zu Chinas eindrucksvollem Aufstieg leistete der WTO-Beitritt Chinas im Jahr 2001. Um einen möglichst freien Welthandel zu gewährleisten, stellt die WTO verbindliche Regeln etwa für den gegenseitigen Marktzugang der Mitgliedstaaten auf. Zudem hat die WTO auch die Rolle des Schlichters und Richters in Streitfällen zwischen Staaten in Handelsfragen inne.

Mit dem WTO-Beitritt öffneten sich für China die großen Märkte in Europa und Nordamerika – die China seither nicht nur mit günstigen Waren, sondern zunehmend auch mit hochwertigen Produkten überflutet. Genau dies erregt in den westlichen Industrienationen, allen voran den USA, zunehmend Widerstand. Denn offensichtlich ist, dass Chinas ökonomischer Erfolg einer Politik zu verdanken ist, die fundamental gegen die Regeln der WTO und der Vereinten Nationen verstößt.

2. Partner, Konkurrent, Rivale

Als staatlich gelenkte Wirtschaft verfügt China über zahlreiche Wettbewerbsvorteile gegenüber den sozialen und demokratischen Marktwirtschaften des Westens. Die Regierung hat jederzeit die Möglichkeit, den über 1.600 Staatsunternehmen **Subventionszahlungen** zukommen zu lassen. Zudem kann China preiswerte Arbeitskräfte in praktisch jeder benötigten An-

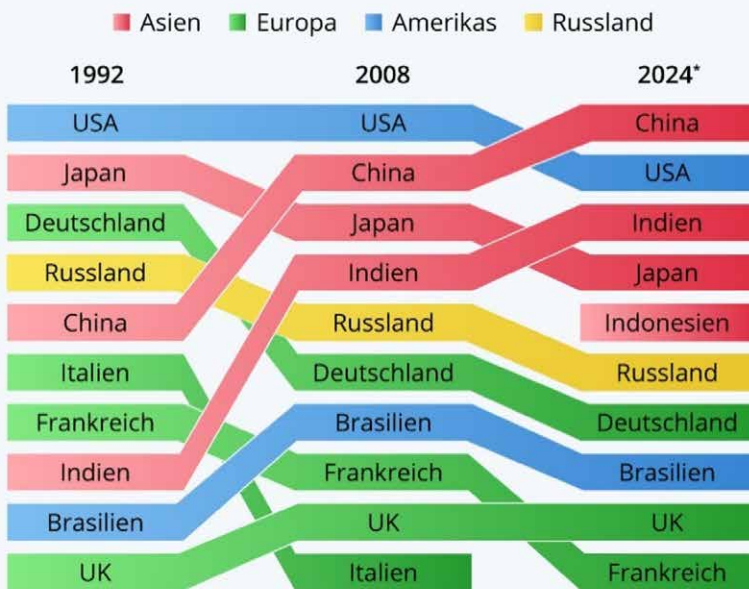
zahl rekrutieren: Ohne ein effektives Mitspracherecht von Gewerkschaften produzieren diese Menschen oft unter höchst problematischen **Arbeitsbedingungen** enorm konkurrenzfähige, günstige Produkte. Dabei schreckt China auch vor klaren Verstößen gegen die Menschenrechte nicht zurück: Kinderarbeit ist ebenso an der Tagesordnung wie die Ausbeutung der muslimischen **Uiguren** in Konzentrationslagern. Schließlich entsprechen auch die Auflagen zum Umweltschutz in China häufig nicht den Vorgaben, die westliche Unternehmen bei der Produktion zu erfüllen haben.

Die Verzerrung des Handels durch ungleiche Produktionsbedingungen ist allerdings nur ein Problem. Für Konflikte zwischen China und westlichen WTO-Mitgliedern sorgt auch die Tatsache, dass China zwar gerne in Produktionsstandorte im Ausland investiert – dass es anderen Staaten jedoch nicht die gleichen Möglichkeiten einräumt, in China zu investieren.

Ausländische Investoren werden **gezwungen**, ein Joint-Venture, ein gemeinsames Unternehmen mit zu gründen.

Chinas Aufstieg zur Wirtschaftsmacht Nr. 1

Länder mit dem höchsten BIP weltweit 1992, 2008 und 2024*



Basierend auf Kaufkraftparität, internationale Dollar
* Prognose

Quelle: IMF



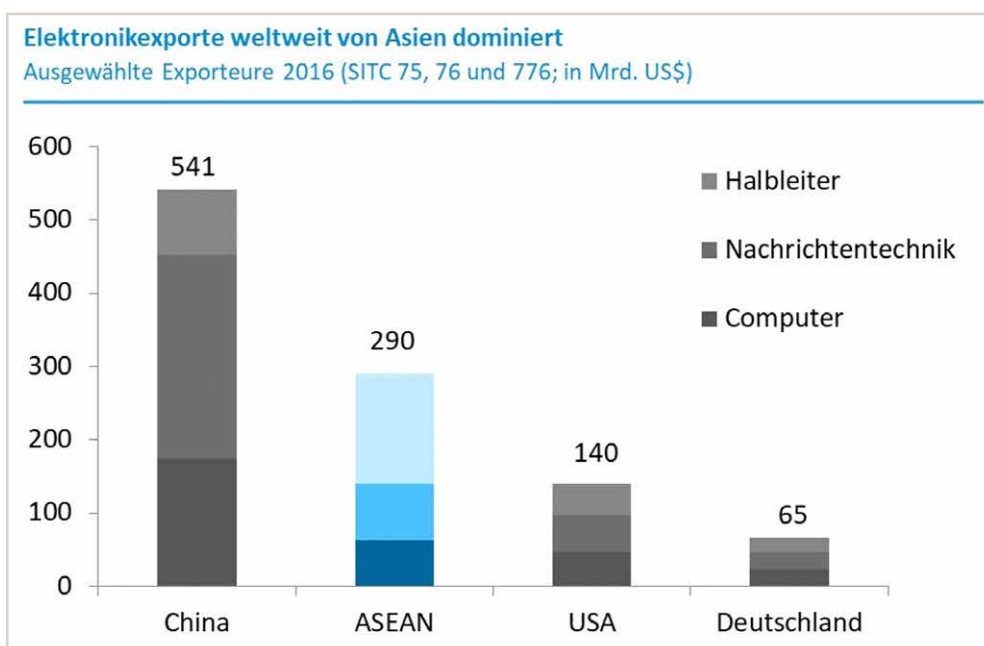
Auf diese Weise erzwingt China einen Technologie-Transfer zum chinesischen Partner. Ganz offensichtlich verstößt diese Praxis eklatant gegen die Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums, wie sie in westlichen Industriestaaten gelten. Sich gegen den Diebstahl geistigen Eigentums oder gegen andere Diskriminierungen am Markt zu wehren, ist aufgrund fehlender zwischenstaatlicher Vereinbarungen für den Investitionsschutz in China so gut wie unmöglich.

Dass China die Möglichkeiten des globalen Freihandels weidlich nutzt, ohne dabei die Regeln der WTO einzuhalten, hat weitreichende Konsequenzen auch für die Wirtschaft der westlichen Industrienationen.

Ökonomische Verdrängung: Der enorme Preisvorteil chinesischer Waren hat dazu geführt, dass in Europa nicht nur traditionelle Industriezweige wie etwa die Bekleidungsindustrie verdrängt wurden. Auch innovative, mit hohem Forschungsaufwand verbundene, Industriezweige wie etwa die Solarindustrie fielen der günstigen chinesischen Konkurrenz zum Opfer.

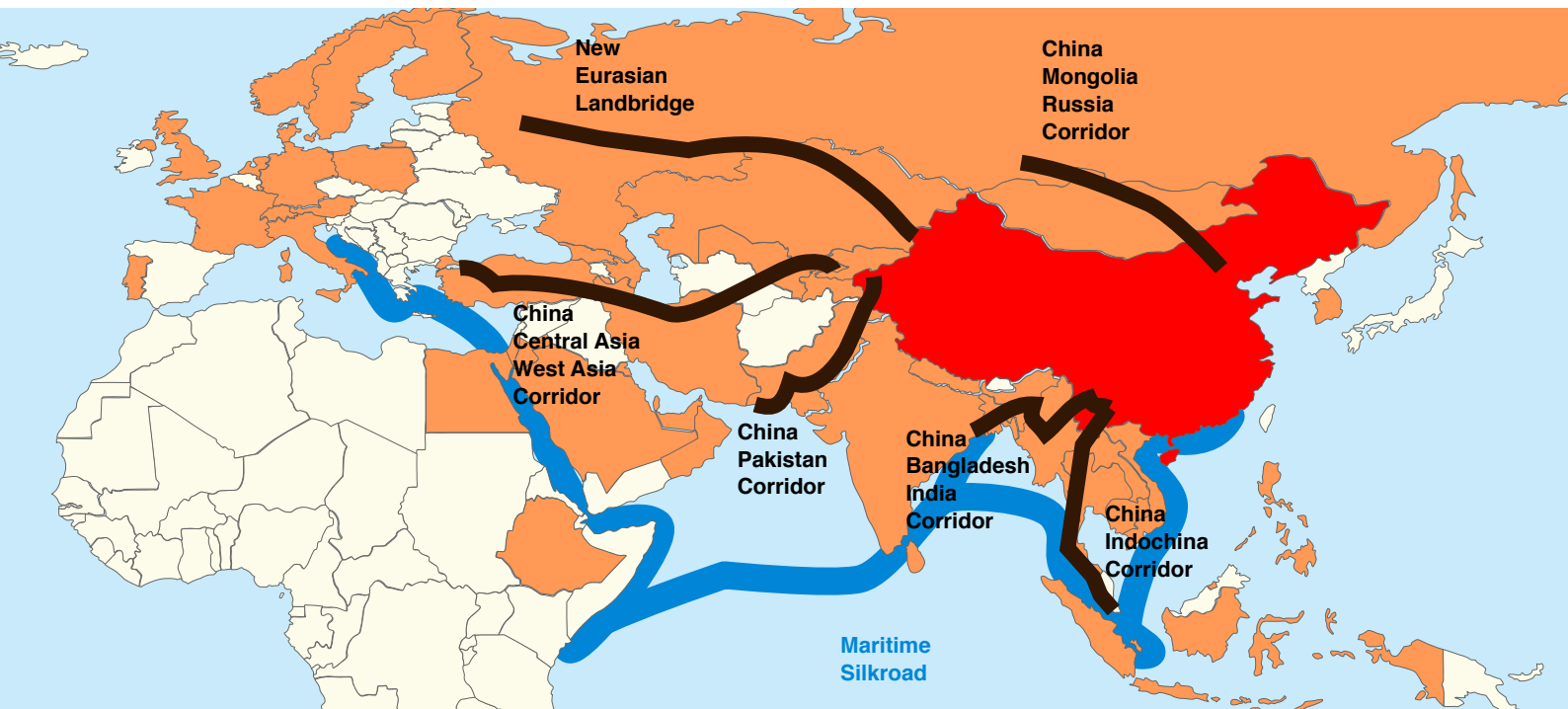
Steigende Abhängigkeit: China ist für westliche Unternehmen, allen voran die deutsche Autoindustrie, nicht nur deshalb enorm wichtig, weil der steigende Wohlstand das Land zu einem hoch interessanten Absatzmarkt macht. Insbesondere die COVID-19-Pandemie hat zuletzt auch verdeutlicht, wie abhängig viele westliche Unternehmen oder gar Staaten von Lieferketten geworden sind, die bis nach China reichen. Egal, ob es um Rohstoffe wie etwa seltene Erden, Elektro-Chips oder zuletzt um Atemschutzmasken geht – ohne China läuft in vielen Bereichen nichts.

Politische Rivalität: Tatsächlich ist die chinesische Führung bemüht, ihre dominierende Stellung in der Weltwirtschaft in geopolitischen Einfluss umzumünzen. In der so genannten *Belt and Road Initiative* (deutsch meist: Neue Seidenstraße) fördert die chinesische Staatsregierung seit 2013 diverse internationale Infrastrukturprojekte in über 60 Staaten auf allen Kontinenten, die China den weltweiten Handel erleichtern.



Quelle: UN Comtrade, GTAI-Berechnungen; © Germany Trade & Invest 2018

Ein Beispiel für die neue Seidenstraße ist etwa das deutsche Duisburg, wo mit der so genannten *Transkaukasischen Kontinentalbrücke* eine Zugverbindung von China bis an den Rhein endet (wo der Transport mit Schiffen weitergeführt wird). Konkreter – und politisch schwieriger – sind Seidenstraßen-Projekte, die die chinesische Führung gezielt in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas vorantreibt. Mit der 2012 ins Leben gerufenen so genannten 17+1-Initiative kündigte China Kredite und einen Investitionsfonds von 10,5 Milliarden US-Dollar an, die zum Bau wichtiger Infrastrukturvorhaben genutzt werden sollen. Die serbische Hauptstadt Belgrad erhielt so eine neue Donau-Brücke, die Eisenbahnstrecke zwischen Budapest und Belgrad wird modernisiert, auf dem Westbalkan entstehen neue Autobahnen. Was ist schlimm daran? Kritiker sehen die Gefahr, dass China durch die Finanzspritzen Abhängigkeiten schafft – die sich anschließend darin niederschlagen könnten, dass die Regierungen der Empfängerländer sich auch politisch zugunsten Chinas einsetzen könnten. Tatsächlich hat sich der ungarische Außenminister [Péter Szijártó](#) nach den Ende März 2021 verhängten Sanktionen der EU gegen China vom Beschluss der EU distanziert. Allerdings zählt wegen der Bedeutung des chinesischen Marktes für die deutsche Industrie auch Deutschland im Kreis der EU-Staaten keineswegs zu denjenigen Staaten, die traditionell besonders intensiv für Strafmaßnahmen gegen China werben (s.o.).



Quelle: <https://en.wikipedia.org>

Sicherheit: Als Bedrohung werden chinesische Investitionen in Europa allerdings nicht nur wegen möglicher politischer Konsequenzen betrachtet. Da es sich bei den chinesischen Unternehmen häufig um Staatsunternehmen handelt, spielen auch grundsätzliche Sicherheitsbedenken eine Rolle. Wie groß das Misstrauen der westlichen Regierungen gegenüber chinesischen Firmen ist, hat zuletzt das Ringen um die Frage offenbart, ob der chinesische Mobilfunkanbieter Huawei zum Wettbewerb um den **Ausbau des 5G-Netzes** zugelassen werden oder grundsätzlich ausgeschlossen werden soll – weil die chinesische Regierung auf diese Weise an sensible Daten von Millionen Menschen in Europa gelangen könnte. Aber ist eine solche Politik der Aus- und Abgrenzung richtig? Begibt sich eine Politik der Ausgrenzung nicht der enormen ökonomischen wie vielleicht auch politischen Chancen, die eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in sich birgt?

3. Wie umgehen mit China? Die USA und die EU im Vergleich

US-Präsident Donald Trump reagierte auf die chinesische Politik mit einer Politik der **Entkoppelung oder Entflechtung**. Nachdem Washington und Peking über Jahrzehnte eine enge Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen gepflegt hatten, hatte sich die Waage des Profits zuletzt stark in Richtung Chinas geneigt. China wird nicht nur der Verlust von rund einem Viertel aller Arbeitsplätze in Nordamerikas industriellem Rostgürtel (*rust belt*) zugeschrieben. Mittlerweile ist China auch zum wichtigsten Konkurrenten der USA in der Spitzentechnologie aufgestiegen. Donald Trump nahm die Tatsache, dass sich China nicht an die Regeln der WTO hält, zum Anlass, sich ebenfalls über internationale Vereinbarungen hinwegzusetzen: „Leitbild der aktuellen amerikanischen Handelspolitik ist nicht mehr der freie, sondern der faire und reziproke Handel, wobei Handelsbilanzsalden zum entscheidenden Kriterium geworden sind“, analysiert **Hanns-Günther Hilpert** von der Stiftung Wissenschaft und Politik (S. 28). Wer in die USA exportierte, ohne zugleich amerikanische Waren im selben Wert zu importieren, wurde von Trump mit Strafzöllen (oder deren Androhung) belegt – was im Zusammenhang mit Automobilexporten immer wieder auch die EU zu spüren bekam. Darüber hinaus ver-

schärften die USA ihre Kontrolle über ausländische Direktinvestitionen in bestimmten Bereichen – was einen starken Rückgang chinesischer Investitionen in den USA zur Folge hatte. China erwog daraufhin, die USA mit einem Exportembargo für Seltene Erden zu bestrafen. Eine kurze Atempause in der Eskalation des Handelskonflikts erbrachte ein Abkommen, das die USA und China im Dezember 2019 schlossen: China verpflichtete sich, die Praxis des erzwungenen Technologietransfers zu beenden, den Marktzugang bei den Finanzdienstleistungen zu verbessern und den USA Waren in einem garantierten Mindestwert abzunehmen. Ob dieses Abkommen die Rivalität zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt wird beenden können, ist allerdings fraglich – zu sehr ist der ursprünglich wirtschaftliche Konflikt inzwischen zu einem Systemkonflikt geworden, in dem es nicht mehr nur um Arbeitsplätze und Handelsbilanzen geht, sondern um die Grundsatzfrage nach dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft, nach der Geltung internationaler Regelwerke und nicht zuletzt der Menschenrechte.

Ungleiche Handelspartner

Gesamtwert des US-Warenhandels mit China
(in Mrd. US-Dollar)



* Stand: November

Quelle: US Census Bureau

statista

Weit weniger eindeutig als die Politik der USA war über lange Zeit die **Politik der EU** gegenüber China – denn auch wenn die EU-Handelspolitik ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der EU-Kommission fällt, verfolgten die Mitgliedstaaten für lange Zeit doch jeder eine Art eigene China-Politik. Während etwa die skandinavischen Staaten gegenüber China vor allem auf die Einhaltung der Menschenrechte pochten, war die **deutsche Position** stark geprägt von der Tatsache, dass Chinas den wichtigsten Absatzmarkt der deutschen Automobilindustrie darstellt. Ostmittel- und südosteuropäische Staaten wiederum versprachen sich von China eine fruchtbare Zusammenarbeit und konkrete Investitionen im Rahmen des 17+1-Formats (s.o.). Kakophonie also war lange Zeit die beherrschende Klangfarbe der EU-China-Politik. Doch hieran scheint sich in jüngster Zeit grundsätzlich etwas zu ändern.

Schon 2016 hatte die EU eine erste **China-Strategie** verabschiedet, die 2019 jedoch eine für viele überraschende Überarbeitung erfuhr: Im März des Jahres schlug die EU-Kommission in ihrem **Strategic outlook on China** einen deutlich schärferen Sprachduktus an. China wurde nun nicht mehr länger nur als Handelspartner und wirtschaftlicher Wettbewerber, sondern auch als systemischer Rivale bezeichnet. Bis Ende 2019 erarbeitete die EU-Kommission eine Risikofolgenabschätzung für eine Beteiligung des chinesischen Konzerns Huawei am Ausbau des 5G-Netzes in Europa. Ende 2020 sollte ein EU-weites System zur Überprüfung von chinesischen Direktinvestitionen in sicherheitsrelevanten Bereichen (Finanzdienstleistungen, Verkehrsinfrastruktur, Daten, Kommunikation) in Kraft treten. Dieses wurde jedoch überholt vom umfassenden *China-EU Comprehensive Agreement on Investment (CAI)*, welches die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Dezember 2020 unter Dach und Fach brachte.

Was genau verändert dieses Abkommen?

- In bestimmten Bereichen (z.B. Autos, Gesundheit, Finanzdienstleistungen) öffnet China seinen Markt für Direktinvestitionen aus der EU.
- Peking verzichtet künftig auf den erzwungenen Technologietransfer durch Joint-Ventures.
- Die chinesische Regierung gewährt gewisse Einblicke in die Praxis der Subventionszahlungen für Staatsunternehmen.
- China sagt zu, das Verbot der Zwangsarbeit umzusetzen – allerdings gibt es hier weder einen Zeitplan noch Sanktionsmöglichkeiten.
- Die EU und China bekennen sich gemeinsam dazu, das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen.

Wie eingangs bemerkt, fällt die Bewertung dieses Abkommens innerhalb der EU höchst unterschiedlich aus. Auch wenn zu erwarten ist, dass die Verstimmung zwischen Washington und Brüssel rasch überwunden werden kann, bleibt die Frage, welche Wirkung das Abkommen tatsächlich haben kann und wie es mit den chinesisch-europäischen Beziehungen weitergehen wird. Zum einen verweisen Expert*innen darauf, dass China trotz des Abkommens laufend **Gesetze** erlässt, die ausländischen Investoren das Wirtschaften in China erschweren. Dass das Abkommen mit Blick auf die Themen Zwangsarbeit und Menschenrechte keine konkreten Sanktionsmöglichkeiten vorsieht, bleibt unbefriedigend. Und auch die Tatsache, dass China völlig unbeeindruckt von der Kritik des Westens immer weitere Schritte unternimmt, um die Demokratie in Hongkong zu unterminieren, spricht nicht für ein baldiges Ende des „Systemkonflikts“.

Mit Blick auf die Politik der EU gegenüber China ermutigend ist immerhin, dass China als Partner im östlichen Teil der EU offensichtlich an Reiz verloren hat. Zum Gipfel im Februar 2021 ließen sich viele EU-Partnerländer nurmehr von Vertreter*innen der zweiten Reihe repräsentieren – nachdem sich offenbar **Enttäuschung** über chinesische Versprechungen und ihre Einhaltung breit gemacht hat.

Und bemerkenswert ist schließlich auch: Die Bilder und Berichte von den riesigen Arbeitslagern, in denen Angehörige der Minderheit der Uiguren im Nordwesten Chinas festgehalten, versklavt und misshandelt werden, haben die EU im Frühjahr 2021 veranlasst, im Schulter-schluss, mit den USA, Kanada, Großbritannien und Australien, Sanktionen gegen China zu verhängen – zum ersten Mal seit über 30 Jahren. Auch einige große europäische Firmen haben angekündigt, keine Baumwolle mehr aus Nordwest-China mehr verarbeiten zu wollen, da diese vermutlich von uigurischen Zwangsarbeiter*innen gepflückt werde. China reagierte darauf mit einem inszenierten **Boycott der Firmen** und verhängte zudem Einreiseverbote gegen eine Reihe westlicher Politiker*innen und Wissenschaftler*innen.

Weiterführende Literatur

Strategie für China (18.7.2016)

Dokument Schlussfolgerungen des Rates

→ <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11252-2016-INIT/de/pdf>

EU China – Strategische Perspektiven

Gemeinsame Mitteilung der Kommission vom 12.3.2019

→ https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook_de.pdf

EU and China Comprehensive Agreement on Investment

Factsheet zum Investitionsabkommen EU-China vom 30.12.2020

→ https://eeas.europa.eu//sites/default/files/cai_fact_sheet_en.pdf

Eine neue Ära in den Beziehungen zwischen der EU und China: Umfassender strategische Zusammenarbeit?

Informative Studie des Europaparlaments von 2018

→ [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/570493/EXPO_STU\(2018\)570493_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/570493/EXPO_STU(2018)570493_DE.pdf)

China – ein Entwicklungsland als globale Macht?

Analyse (u.a. soziale Ungleichheit) des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung

→ <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/china-ein-entwicklungsland-als-globale-macht>

Chinas Große Strategie – „Made in China 2025“ (MIC25)

Überblick über Chinas wirtschaftspolitische Ambitionen

→ <https://morethandigital.info/chinas-grosse-strategie-made-in-china-2025-mic25/>

Geballte Ohnmacht

Bericht über die Arbeitsbedingungen in chinesischen Fabriken

→ <https://www.brandeins.de/corporate-publishing/mck-wissen/mck-wissen-china/geballete-ohnmacht>

Hanns Günther Hilpert: Handel, Wirtschaft, Finanzen: Rivalitäten, Konflikte, Eskalationsrisiken, in: Barbara Lippert (Hrsg.): Strategische Rivalität zwischen USA und China, Februar 2020, S. 27-31

Hintergründe des Handels- und Wirtschaftskriegs USA-China

→ https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S01_lpt_prt_WEB.pdf#page=29

Stormy-Annika Mildner / Claudia Schmucker: Die große Entkopplung, in: Internationale Politik Nr. 3/ 2019, S.54-59.

Analyse der Folgen der US-China-Politik für die Weltwirtschaft

→ https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/IPW_03-2019_Mildner_Schmucker.pdf

Ende der Naivität. Für eine neue #China-Politik.

Kritik an der deutschen „Leisetreterei“ gegenüber China

→ <https://globaleurope.eu/de/ende-der-naivitaet-fuer-eine-neue-china-politik/>

EU-China Investitionsabkommen: Selektive Fortschritte, viele Herausforderungen

Analyse des Investitionsabkommens vom Dezember 2020

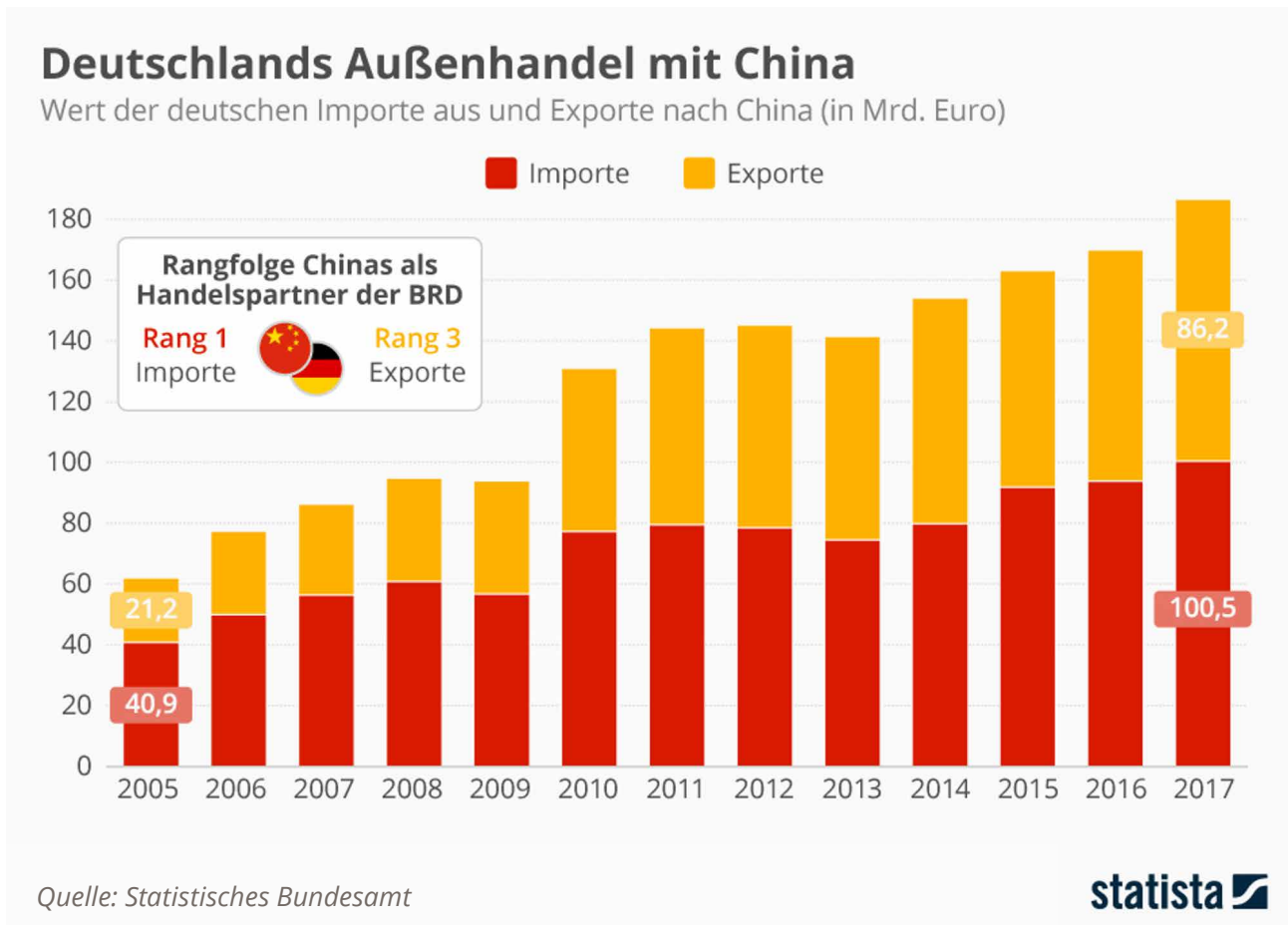
→ https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook_de.pdf

Text für Schüler*innen

Assembled in China. So steht es auf der Rückseite jedes iPhones. Und ähnlich steht es vielleicht auch auf den Etiketten Deiner T-Shirts, auf der Sohle Deiner Sneaker, oder auf dem Spielzeug Deiner kleinen Geschwister. China ist aus unserer Einkaufswelt nicht mehr wegzudenken. Chinesische Produkte sind günstig und qualitativ oft gut. Aber der Handel und die Zusammenarbeit mit China sind offenbar auch alles andere als einfach: US-Präsident Donald Trump hat sich jahrelang einen Zoll- und Handelskrieg mit Peking geliefert. Und im Frühjahr 2021 hat auch die EU Sanktionen gegen chinesische Politiker und Einrichtungen erlassen – zum ersten Mal seit über 30 Jahren. Was ist eigentlich das Problem mit China? Und was ist von den Strafmaßnahmen der EU und anderer westlicher Staaten zu halten?

Systemsprenger China?

China hat in den vergangenen 40 Jahren einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg hingelegt. Ende der 1970er Jahre galten in den ländlichen Gebieten Chinas noch 97,5% der Bevölkerung als arm. 1982 konnten nur zwei Drittel aller Chines*innen lesen und schreiben. Heute ist China die größte Volkswirtschaft der Welt. Und mit 1,4 Milliarden Einwohner*innen stellt China einen Absatzmarkt dar, der insbesondere für Industriestaaten wie Deutschland von enormer Bedeutung ist.



Das Problem an Chinas rasantem Aufstieg ist nicht so sehr der Neid der Konkurrenz. Das Problem ist: China verdankt seinen Aufstieg zu einem großen Teil der Tatsache, dass das Land 1991 Mitglied der Welthandelsorganisation, der WTO, werden konnte. Trotzdem hält sich China in seiner Politik nicht an die Regeln, die sich die Mitglieder der Welthandelsorganisation gegeben haben.

Die WTO (World Trade Organisation)

Gegründet: 1994, Mitglieder: 164

- Das wichtigste Ziel der WTO ist der **Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren im weltweiten Handel**
- **Im globalen Handel gilt die Nichtdiskriminierung, d.h.:**
 - Ausländische Produkte dürfen gegenüber inländischen Produkten nicht benachteiligt werden.
 - Wenn ein Mitgliedstaat einem anderen konkrete Vergünstigungen einräumt (z.B. niedrigere Zölle), dann soll diese Vergünstigung auch für alle anderen WTO-Nationen gelten
- **Reziprozität (Gegenseitigkeit):** Die Mitglieder sollen sich gegenseitig gleichwertige Zugeständnisse machen, d.h., dass nicht ein Staat seine Zölle senkt, die andere Seite aber bei ihren hohen Zöllen bleibt.
- **Multilateralismus:** Die Mitglieder sollen den weltweiten Freihandel fördern und nicht in bilateralen Verhandlungen eigene Vorteile suchen.

Dass China ständig gegen diese Regeln verstößt – dafür gibt es jede Menge Beispiele.

1. China ist keine freie Marktwirtschaft, wie wir sie in Europa oder Nordamerika kennen. Während die Marktwirtschaft darauf beruht, dass Privatpersonen Unternehmen gründen, existieren in China rund 167.000 so genannte Staatsunternehmen. Diese Staatsunternehmen erhalten bei Bedarf einfach Geld aus dem Staatshaushalt oder sie werden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gegenüber ausländischen Anbietern bevorzugt. Ein klarer Verstoß gegen die Nichtdiskriminierung!



Erklärvideo: [JOINT VENTURE](#)

2. Auch das Prinzip der Gegenseitigkeit wird in China gerne missachtet: Wenn eine chinesische Firma eine Niederlassung in der EU gründen will, um hier zum Beispiel Solarzellen zu produzieren, dann kann sie dies tun und wird von den Gesetzen in ihren Unternehmensrechten geschützt. Andersherum sieht die Lage ganz anders aus: Europäische Firmen, die in China investieren, werden gezwungen, sich mit einer chinesischen Firma zusammen zu schließen, man spricht von einem Joint Venture.

Innerhalb dieses Joint Ventures müssen die europäischen Partner dann ihr technisches oder ökonomisches Know How mit dem chinesischen Partner teilen. Auf diese Weise spart sich China die oft langwierige und kostspielige Forschung und Entwicklung neuer Produkte. Wenn das Joint Venture scheitert, hat die europäische Firma in der Regel keinen effektiven Rechtsschutz zu erwarten. Das Know-How bleibt beim chinesischen Partner. Das verstößt gegen europäische Vorstellungen vom Schutz des geistigen Eigentums – und gegen das Prinzip der Reziprozität: Denn China weigert sich, die Vorteile, die seine Unternehmen in Europa in Anspruch nehmen, nicht auch europäischen Firmen in China einzuräumen.

3. Problematisch ist schließlich auch der günstige Preis, für den China seine Waren auf dem Weltmarkt anbietet. Die billigere Konkurrenz aus Ostasien führt dazu, dass Firmen in Europa oder den USA ihre Waren nicht mehr verkaufen können und ihre Unternehmen schließen müssen. Im Jahr 2004 produzierten in Deutschland insgesamt 1.624 Firmen der Textil- und Bekleidungsindustrie. 2019 waren es noch 924. Hauptgrund: Die enorm billigen Arbeitskräfte in Ostasien.

Mit 4,40 Euro pro Stunde verdienen die Menschen in der **chinesischen Textilindustrie** 2017 deutlich weniger, als sie in Europa verdienen würden. Besonders viel Kritik erntet China dafür, dass es bei der Produktion von Gütern weder die Menschenrechte noch die Sozial- und Umweltstandards einhält, an die westliche Firmen gebunden sind – zum Beispiel durch die Charta der Vereinten Nationen oder die Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labor Organisation – ILO). In vielen Fabriken werden die Beschäftigten **ausgebeutet**, nicht vor giftigen Chemikalien oder gefährlichen Maschinen geschützt und in maroden Massenunterkünften zusammengepfercht.

The infographic features a banner at the top that reads "made in hell". Below it, nine icons represent different types of exploitation and safety issues:

- 16**: 16-Stunden-Tag (16-hour day)
- 7**: 7-Tage-Woche (7-day week)
- ~~⌘~~: Keine Pausen (No breaks)
- ~~€~~: Kein existenzsichernder Lohn (No living wage)
- ~~Hand~~: Sexuelle Übergriffe (Sexual harassment)
- ~~Factory~~: Keine Gewerkschaften (No unions)
- ~~Water~~: Kein sauberes Trinkwasser (No clean drinking water)
- ~~Person~~: Keine Notausgänge (No exits)
- HERGESTELLT IM RECHTSFREIEN RAUM**: Produced in a lawless zone

At the bottom, a large banner reads **100% AUSBEUTUNG** (100% exploitation). A small vertical copyright notice on the left reads "© Christliche Initiative Romero | www.ci-romero.de".

Quelle: © Christliche Initiative Romero (CIR)

Besonders dramatisch ist die Lage der ca. 10 Millionen Uiguren, einer muslimischen Minderheit in der nordwestchinesischen Provinz Xinjiang. Um die (teils gewaltsamen) Unabhängigkeitsbestrebungen der Minderheit zu unterdrücken, hat Peking in Xinjiang ein ausgefeiltes Überwachungssystem installiert und über die letzten Jahre rund 1 Millionen Uiguren in eigens errichteten Lagern eingesperrt, wo die Menschen unter qualvollen Lebensbedingungen mit chinesischer Staatspropaganda „umerzogen“ und durch Zwangsarbeit ausgebeutet werden.



Mehr zu den Uiguren und ihrer Unterdrückung erfährst Du [HIER](#)

Systemkonflikt!

Das Beispiel der Uiguren zeigt deutlich: China ist nicht nur deshalb ein schwieriger Partner, weil es gegen die Regeln der WTO verstößt. China vertritt auch politisch ganz andere Vorstellungen als Europa und die USA. Demokratie und Menschenrechte – diese zentralen Werte der westlichen Welt werden von der chinesischen Regierung mit Füßen getreten. Deshalb sprechen Politiker*innen und Expert*innen inzwischen auch von einem „Systemkonflikt“: Ist Chinas autoritär gelenkter Staatskapitalismus erfolgreicher – oder die Demokratie und Marktwirtschaft des Westens?

Dieser Systemkonflikt ist insbesondere für die EU mehr als eine theoretische Herausforderung. Denn China bemüht sich seit einigen Jahren, seine wirtschaftliche Bedeutung auch in politische Macht zu verwandeln. Gelingen soll dies mit Projekten wie der Neuen Seidenstraße oder dem Format 17+1: Um den globalen Handel mit China zu erleichtern, bietet die chinesische Regierung auch den Staaten im östlichen und südöstlichen Europa an, den Bau oder Betrieb neuer Autobahnen, Eisenbahnstrecken oder Häfen zu unterstützen – mit Krediten oder Direktinvestitionen. In Serbien ist dank chinesischer Unterstützung eine neue Donaubrücke entstanden. Die ungarische Hauptstadt Budapest erhält eine moderne Eisenbahnverbindung nach Belgrad. In Griechenland hat der Hafen von Piräus mit dem chinesischen Staatsunternehmen Cosco einen neuen Besitzer gefunden.



Wie das Ganze funktioniert und was daran problematisch sein könnte, erfährst Du [HIER](#)

Was ist an der Seidenstraße zu kritisieren?

Die Gefahr, so sagen Kritiker, besteht darin, dass Staaten durch die großzügige Unterstützung aus China in eine ökonomische und politische Abhängigkeit von Peking geraten – und dann zum Beispiel davor zurückschrecken, Chinas Verstöße gegen die Menschenrechte zu verurteilen. Für die EU ist es sowohl politisch als auch wirtschaftlich wichtig, China gegenüber mit einer Stimme zu sprechen – nur so kann sie international Einfluss nehmen. Und deshalb ist Brüssel wenig erfreut, wenn sich einzelne Mitgliedstaaten allzu aufgeschlossen für bilaterale Projekte mit China zeigen.

Wie umgehen mit China?

Doch mit welcher Politik sollte man einem Staat, der gegen die Menschenrechte und gegen die internationalen Regeln verstößt, überhaupt begegnen? Diese Frage ist in den westlichen Industriestaaten sehr umstritten.

Der frühere US-Präsident Donald Trump hat versucht, Chinas ökonomischen Aufstieg mit einer Politik einzudämmen, die ebenfalls gegen die Regeln der WTO verstieß: Einerseits versuchte Trump, chinesische Produkte durch US-Strafzölle zu verteuern – damit die US-Verbraucher*innen amerikanische statt chinesische Produkte kaufen. Andererseits führte Trump in bestimmten Bereichen strengere Kontrollen für chinesische Investoren ein – was die Anzahl der chinesischen Investoren tatsächlich stark verringerte. So versuchte Trump z.B. auch, die Videoplattform TikTok in den USA zu **verbieten**. Trumps Ziel war es, die USA von China zu „entkoppeln“, Amerika unabhängiger von China zu machen. Ist das der richtige, ist es ein realistischer Weg?

Für die EU ist China neben den USA der weltweit wichtigste Handelspartner. Jedes fünfte Produkt, das die EU importiert, stammt aus China. Jedes zehnte Produkt, das die EU exportiert, geht nach China. 2025 wird jedes **dritte Auto**, das auf der Welt verkauft wird, in China verkauft werden. Insbesondere Deutschland mit seiner starken Automobilindustrie ist deshalb sehr auf gute Beziehungen mit China bedacht.

Die herausragende ökonomische Bedeutung Chinas für die EU hat dazu geführt, dass Brüssel in Wortwahl und Ton lange Zeit eher zurückhaltend agierte. Seit 2019 allerdings ist ein bemerkenswerter Schwenk zu beobachten: In ihrem Positionspapier **EU-China: Strategische Perspektiven** bezeichnete die EU-Kommission China im März 2019 erstmals offen als „Systemrivale[n], der alternative Governance-Modelle propagiert“. Dass Brüssel nicht länger gewillt ist, Chinas Verstöße gegen internationales Recht einfach hinzunehmen, belegen auch zwei weitere Ereignisse. Ende 2020 gelang es nach sieben Jahren zäher Verhandlungen endlich, ein **Abkommen** zwischen der EU und China zu schließen, in dem China unter anderem zusagt, den erzwungenen Technologietransfers durch Joint Ventures zu beenden und das Verbot der Zwangsarbeit künftig umzusetzen. Im Frühjahr 2021 einigten sich die EU-Mitglieder gemeinsam mit den USA, Kanada, Großbritannien und Australien auf Sanktionen gegen chinesische Politiker*innen und Einrichtungen, die unmittelbar in Verbindung mit den Verbrechen gegen die Uiguren gebracht werden.

In diesem Zusammenhang haben schließlich sogar einige europäische Firmen gezeigt, dass Profit nicht alles rechtfertigt: Sie würden keine **Baumwolle** aus Nordwestchina mehr verarbeiten, weil diese möglicherweise von uigurischen Zwangsarbeiter*innen gepflückt werde, teilte unter anderem Hennes & Mauritz mit. Jetzt müssen nur noch die Verbraucher*innen in Europa mitziehen.

Vielleicht kaufen wir künftig weniger T-Shirts – und wissen dafür sicher, dass sie unter menschenwürdigen Bedingungen produziert wurden. **Wieviel sind Dir die Menschenrechte wert?**

> Aufgaben



01 Augen auf!

Schau Dich mal genauer bei Dir zuhause um:

- > Wo wurden die Elektrogeräte hergestellt?
- > Woher stammen Deine Klamotten, Deine Schuhe?
- > Wie oft findest Du ein **Made in China**?

Falls möglich, lege alle Sachen auf einen Haufen und mach ein Foto!

02 Reportage: Worauf stehst Du?

Schließt Euch zu viert in Filmteams zusammen und dreht einen kurzen Film. Stattet dem Turnschuhhändler Eures Vertrauens einen Besuch ab und dokumentiert mit dem Handy: Was kosten die Schuhe? Wo wurden sie produziert?

Recherchiert danach im Internet und berichtet in Eurem Film:

- > Wie können Produkte vom anderen Ende der Welt derart günstig sein?
- > Wieviel Prozent des Preises erhalten die Arbeiter*innen, die den Schuh hergestellt haben?
- > Unter welchen Bedingungen könnten die Schuhe hergestellt worden sein?
- > Für viele Produkte aus China werden auch Kinder ausgebeutet. Was könnt Ihr über Kinderarbeit in China herausfinden?
- > Was könnt Ihr ganz persönlich tun, um die Ausbeutung von Kindern weltweit zu verhindern?

Hier sind einige links, die Euch weiterhelfen können

- <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/kinderarbeit-fragen-und-antworten/166982>
- <https://www.helles-koepfchen.de/artikel/2185.html>
- <https://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/2018/01/weihnachten-made-in-china-wie-kinder-in-china-unsere-geschenke-produzieren/>
- <https://www.inkota.de/themen/soziale-verpflichtung-fuer-unternehmen/change-your-shoes/was-steckt-in-deinem-schuh/ausbeutung#c14039>
- <https://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/2021/01/415158/>

03 Stichwort: Globalisierung

Bei vielen Demos und Protestaktionen fällt immer dasselbe Stichwort: **Globalisierung**

- Aber was heißt das überhaupt?
- Und inwiefern ist die Globalisierung gut oder schlecht?

Teilt Euch in zwei Gruppen auf und sammelt am Beispiel Chinas gute Argumente:

- Was ist Globalisierung, wer profitiert davon – und wer nicht?
- Überall auf der Welt entstehen neue Freihandelszonen – mit welchen Folgen?
- Was hat uns die Corona-Krise über die Globalisierung gelehrt – und welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus?

Bereitet Euch gut vor – und dann: diskutiert Euch die Köpfe heiß!

Sehr viele Erklärungen, Fakten, Statistiken rund um die Globalisierung findet Ihr hier:

➔ <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/>

Einen sehr kritischen Blick auf die Globalisierung und den Freihandel bietet Attac:

➔ <https://www.attac.de/themen/globalisierung/>

➔ <https://www.attac.de/themen/welthandel/>

Was heißt Freihandel? Schnell erklärt:

➔ <https://www.youtube.com/watch?v=LJE359JvsiU>

Warum ist Freihandel gut?

➔ <https://freetrade.world/de/warum-freihandel/>



Impressum

Unterrichtsmodul 2: Beziehungsstatus: SCHWIERIG – die EU und China

Ein Projekt der Europäischen Akademie Berlin (EAB) mit freundlicher Unterstützung durch das Auswärtige Amt (2020/2021)

Konzeption: Dr. Anneke Hudalla (EAB)

Autor*innen: Dr. Anneke Hudalla unter Mitarbeit von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz (EAB) sowie Ilona Rathert und Janik Hecht (EAB)

Grafische Gestaltung: Silvia Lorenz, Grafik-Design

© Europäische Akademie Berlin e.V.
Bismarckallee 46/48 | 14193 Berlin
Tel.: +49 (0)30 89 59 51 0
Fax: +49 (0)30 89 59 51 95
Email: eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Christian Johann
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
Registernummer: VR 3197 B
USt-ID Nr.: DE136622356



Europäische Akademie Berlin



Auswärtiges Amt